

Stenographischer Bericht

27. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

II. Periode — 24. Jänner 1952.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind: Erster Präsident Franz Thoma, Zweiter Präsident Franz Stockbauer und die Abg. Pötz u. Sebastian (593).

Auflagen:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 69, Gesetz über die Abänderung des Gesetzes vom 20. Februar 1929, LGBl. Nr. 57, betreffend die Einrichtung von land- und forstwirtschaftlichen Berufsvertretungen in Steiermark (Bauernkammergesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 8. Juni 1949, LGBl. Nr. 41.

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 221, über die Aufnahme eines weiteren unverzinslichen Darlehens in der Höhe von 223.000 S aus Mitteln des Wohnhauswiederaufbau-fonds gemäß dem Gesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 130 und pfandrechtliche Sicherstellung des Darlehens auf der landeseigenen Liegenschaft Schloß Eggenberg, EZ. 777, KG. Algersdorf, Grundstückzahlen 57/1, 57/3, 57/4, 57/5, 57/6, 57/7, 509, 206, 208 und 220/1;

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 222, betreffend die Übernahme einer Ausfallsbürgschaft im Betrage von höchstens 300.000 S durch das Land Steiermark für einen an Friedrich Temmel, Pächter der Hotel-Pension „Falkenhof“ in Irnding, aus ERP-Mitteln zu bewilligenden Kredit;

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 223, betreffend den Erwerb von Grundstücken für den Bau des Künstlerhauses;

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 224, betreffend die Genehmigung der Veräußerung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugbestandteilen der Steiermärkischen Landes-Landeseisenbahnen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 225, betreffend die Übernahme der Bürgschaft für einen vom Hypotheken- und Creditinstitut Wien der Palten-Stahlindustrie Rottenmann zu gewährenden Betriebskredit von 3 Millionen Schilling (594).

Zuweisungen:

Beilage Nr. 69 dem Landes-Kulturausschuß;
Einl.-Zln. 221, 222, 223, 224 und 225 dem Finanzausschuß (594).

Anträge:

Antrag der Abg. Koller, Berger, Praßl, Hirsch und Egger, betreffend Übernahme des Gemeindeweges „Zellhausweg“ von Obgrün zur Landesstraße Ilz-Groß-Hartmannsdorf (608).

Verhandlungen:

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 221, über die Aufnahme eines weiteren unverzinslichen Darlehens in der Höhe von 223.000 S aus Mitteln des Wohnhauswiederaufbau-fonds gemäß dem Gesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 130 und pfandrechtliche Sicherstellung des Darlehens auf der landeseigenen Liegenschaft Schloß Eggenberg, EZ. 777, KG. Algersdorf, Grundstückzahlen 57/1, 57/3, 57/4, 57/5, 57/6, 57/7, 509, 206, 208 und 220/1.
Berichterstatter: Abg. Hofmann (595).
Annahme des Antrages (595).

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 222, betreffend die Übernahme einer Ausfallsbürgschaft im Betrage von höchstens 300.000 S durch das Land Steiermark für einen an Friedrich Temmel, Pächter der Hotel-Pension „Falken-

hof“ in Irnding, aus ERP-Mitteln zu bewilligenden Kredit.

Berichterstatter: Abg. Stöffler (595).

Annahme des Antrages (595).

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 223, betreffend den Erwerb von Grundstücken für den Bau des Künstlerhauses.

Berichterstatter: Abg. Hegenbarth (595).

Annahme des Antrages (595).

4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 224, betreffend die Genehmigung der Veräußerung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugbestandteilen der Steiermärkischen Landes-eisenbahnen.

Berichterstatter: Abg. Stöffler (595).

Annahme des Antrages (596).

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 225, betreffend die Übernahme der Bürgschaft für einen vom Hypotheken- und Creditinstitut Wien der Palten-Stahlindustrie Rottenmann zu gewährenden Betriebskredit von 3 Millionen Schilling.

Berichterstatter: Abg. Plaimauer (596).

Redner: Abg. Pözl (596), LR. Fritz Matzner (598), Abg. Dr. Kaan (600), Abg. Pözl (601), LH. Krainer (603), Abg. Kandutsch (603), LR. Fritz Matzner (605), Abg. Schupfer (606), Abg. Taurer (606).

Annahme des Antrages (607).

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 55, Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Rechnungsab-schluß des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1948.

Berichterstatter: Abg. Hofmann (607).

Annahme des Antrages (608).

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 56, Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Rechnungsab-schluß des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1949.

Berichterstatter: Abg. Hofmann (608).

Annahme des Antrages (608).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten.

Dritter Präsident Scheer: Hoher Landtag! Da Präsident Thoma wegen seiner Ernennung zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft verhindert ist, heute den Vorsitz zu führen, eröffne ich die 27. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüßte alle Erschienenen.

Entschuldigt sind weiters Zweiter Präsident Franz Stockbauer, Abg. Sebastian, Abg. Pötz.

Nach der Tagesordnung, die anlässlich der Ein-ladung zur heutigen Sitzung bekanntgegeben wurde, werden wir uns zunächst mit Zuweisungen befassen. Dann wird im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz die Landtagssitzung

unterbrochen, damit der Finanzausschuß die Beratungen über einige Verhandlungsgegenstände durchführen kann. Hernach werden wir im Landtag alle Verhandlungsgegenstände behandeln, die vom Finanzausschuß erledigt wurden.

Ich nehme die Zustimmung zu diesem Vorgang an, wenn kein Einwand erhoben wird. (Pause.)

Ein Einwand wird nicht erhoben.

Es liegen auf:

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 69, Gesetz über die Abänderung des Gesetzes vom 20. Februar 1929, LGBl. Nr. 57, betreffend die Errichtung von land- und forstwirtschaftlichen Berufsvertretungen in Steiermark (Bauernkammergesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 5. Juni 1949, LGBl. Nr. 41,

die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 221, über die Aufnahme eines weiteren unverzinslichen Darlehens in der Höhe von 223.000 S aus Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds gemäß dem Gesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 130, und pfandrechtliche Sicherstellung des Darlehens auf der landeseigenen Liegenschaft Schloß Eggenberg, EZ. 777, KG. Algersdorf, Grundstückszahlen 57/1, 57/3, 57/4, 57/5, 57/6, 57/7, 509, 206, 208 und 220/1,

die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 222, betreffend die Übernahme einer Ausfallsbürgschaft im Betrage von höchstens 300.000 S durch das Land Steiermark für einen an Friedrich Temmel, Pächter der Hotel-Pension „Falkenhof“ in Irthing, aus ERP-Mitteln zu bewilligenden Kredit,

die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 223, betreffend den Erwerb von Grundstücken für den Bau des Künstlerhauses,

die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 224, betreffend die Genehmigung der Veräußerung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugbestandteilen der Steiermärkischen Landeseisenbahnen,

die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 225, betreffend die Übernahme der Bürgschaft für einen vom Hypotheken- und Creditinstitut Wien der Palten-Stahlindustrie Rottenmann zu gewährenden Betriebskredit von 3 Millionen Schilling.

Soferne keine Einwendung erhoben wird, werde ich die Zuweisung aller aufliegenden Geschäftsstücke vornehmen. (Pause.)

Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich weise zu

die Beilage Nr. 69 dem Landeskulturausschuß, die Einl.-Zln. 221, 222, 223, 224 und 225 dem Finanzausschuß.

Ich nehme die Zustimmung zu diesen Zuweisungen an, wenn kein Widerspruch erfolgt. (Pause.)

Ein Widerspruch wird nicht erhoben. Es verbleibt daher bei den vorgenommenen Zuweisungen.

Ich unterbreche die Landtagssitzung und ersuche die Abgeordneten, die Mitglieder des

Finanzausschusses sind, sich sogleich in das Beratungszimmer Nr. 56 zu begeben, damit der Finanzausschuß seine Beratungen aufnehmen kann.

Die Landtagssitzung wird um 14.30 Uhr fortgesetzt.

(Die Sitzung wird um 11.15 Uhr unterbrochen und um 14.40 Uhr wieder aufgenommen.)

Dritter Präsident **Scheer**: Ich nehme die Sitzung wieder auf. Ich gebe bekannt, daß im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz die heutige Sitzung auf Magnetophonband aufgenommen wird.

Weiters gebe ich bekannt, daß der Finanzausschuß die Beratungen über 7 Verhandlungsgegenstände abgeschlossen hat. Diese Verhandlungsgegenstände können wir nunmehr auf die Tagesordnung setzen, und zwar:

1. Die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 221, über die Aufnahme eines weiteren unverzinslichen Darlehens in der Höhe von 223.000 S aus Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds gemäß dem Gesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 130, und pfandrechtliche Sicherstellung des Darlehens auf der landeseigenen Liegenschaft Schloß Eggenberg, EZ. 777, KG. Algersdorf, Grundstückszahlen 57/1, 57/3, 57/4, 57/5, 57/6, 57/7, 509, 206, 208 und 220/1,

2. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 222, betreffend die Übernahme einer Ausfallsbürgschaft im Betrage von höchstens 300.000 S durch das Land Steiermark für einen an Friedrich Temmel, Pächter der Hotel-Pension „Falkenhof“ in Irthing, aus ERP-Mitteln zu bewilligenden Kredit,

3. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 223, betreffend den Erwerb von Grundstücken für den Bau des Künstlerhauses,

4. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 224, betreffend die Genehmigung der Veräußerung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugbestandteilen der Steiermärkischen Landeseisenbahnen;

5. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 225, betreffend die Übernahme der Bürgschaft für einen vom Hypotheken- und Creditinstitut Wien der Palten-Stahlindustrie Rottenmann zu gewährenden Betriebskredit in der Höhe von 3 Millionen Schilling,

6. die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 55, Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Rechnungsabschluß des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1948,

7. die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 56, Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Rechnungsabschluß des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1949.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Pause.) Die Tagesordnung ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Wir gehen zur Tagesordnung über.

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 221, über die Aufnahme eines weiteren unverzinslichen Darlehens in der Höhe von 223.000 S aus Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds gemäß dem Gesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 130, und pfandrechtliche Sicherstellung des Darlehens auf der landeseigenen Liegenschaft Schloß Eggenberg, EZ. 777, KG. Algersdorf, Grundstückszahlen 57/1, 57/3, 57/4, 57/5, 57/6, 57/7, 509, 206, 208 und 220/1.

Berichterstatter ist Abg. Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Hofmann: Hohes Haus! Der Finanzausschuß hat sich heute vormittag mit der Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 221, beschäftigt und schlägt Ihnen nach eingehender Beratung vor: Der Hohe Landtag wolle beschließen: „Die Aufnahme eines weiteren unverzinslichen Darlehens in der Höhe von 223.000 S aus Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds gemäß dem Gesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 130, zur Finanzierung des Wiederaufbaues des Landesmiethauses Annenstraße Nr. 16 und die pfandrechtliche Sicherstellung des Darlehens auf der landeseigenen Liegenschaft Schloß Eggenberg, EZ. 777, KG. Algersdorf, Grundstückszahlen 57/1, 57/3, 57/4, 57/5, 57/6, 57/7, 509, 206, 208, 220/1 werden genehmigt.“

Ich bitte, den Antrag des Finanzausschusses anzunehmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag die Zustimmung erteilen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 222, betreffend die Übernahme einer Ausfallsbürgschaft im Betrage von höchstens 300.000 S durch das Land Steiermark für einen an Friedrich Temmel, Pächter der Hotel-Pension „Falkenhof“ in Irduing, aus ERP-Mitteln zu bewilligenden Kredit.

Berichterstatter ist Abg. Stöffler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Der Inhaber der Hotel-Pension „Falkenhof“, Herr Temmel, hat ein Ansuchen um einen ERP-Kredit von 300.000 S eingereicht. Nun hat die Steiermärkische Landesregierung mit Rücksicht darauf, daß dieser Betrieb voll und ganz als devisenbringender Betrieb geeignet ist und sein Ausbau begrüßenswert wäre, beschlossen, dem Landtag zu empfehlen, die Landesregierung zur Übernahme einer Ausfallsbürgschaft zu ermächtigen. Ich darf nun namens des Finanzausschusses das Hohe Haus bitten, den vorliegenden Antrag zu genehmigen.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die

Abgeordneten, die mit diesem Antrag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 223, betreffend den Erwerb von Grundstücken für den Bau des Künstlerhauses.

Berichterstatter ist Abg. Hegenbarth. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Die Stadtgemeinde Graz hat schon vor geraumer Zeit für den Bau des Grazer Künstlerhauses das erforderliche Grundstück geschenkweise zur Verfügung gestellt. Es handelt sich dabei um eine Parzelle im Ausmaß von 4020 m². Der Gesamtwert dieses Grundstückes wurde mit 20.100 S festgesetzt. Auf Grund des Landesverfassungsgesetzes vom Jahre 1946 ist ein Landtagsbeschuß notwendig, wenn das Land ein Grundstück im Werte von mehr als 10.000 S erwirbt. Auf Grund dieses Landesverfassungsgesetzes also — man möchte sagen aus grundsätzlichen, aus formellen Gründen — muß daher der Landtag nun die Übernahme dieses Geschenkes bestätigen oder bewilligen. Ich stelle daher namens des Finanzausschusses folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: „Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den unentgeltlichen Erwerb von Liegenschaften im Werte von 20.100 S für den Bau des Künstlerhauses wird zur Kenntnis genommen und genehmigt.“

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die seinem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 224, betreffend die Genehmigung der Veräußerung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugbestandteilen der Steiermärkischen Landeseisenbahnen.

Berichterstatter ist Abg. Stöffler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöffler: Hohes Haus! Die Steiermärkischen Landesbahnen haben nach Kriegsende im Jahre 1945 eine Anzahl von Kraftfahrzeugen, vor allem Lastkraftwagen, erworben, bzw. von der damaligen Britischen Militärregierung zugewiesen bekommen. Es hat sich nun als zweckmäßig erwiesen, diese Fahrzeuge wieder zu veräußern aus Gründen, die in der Vorlage, die den Mitgliedern des Hohen Hauses vorliegt, festgehalten sind. Die Steiermärkische Landesregierung hat daher im Oktober 1950 beschlossen, diesem Verkauf zuzustimmen mit der Bedingung, daß der Verkauf öffentlich ausgeschrieben wer-

den muß. Es ist die Veräußerung durchgeführt worden, die folgendes Ergebnis gezeitigt hat: Insgesamt wurden die zu veräußernden LKW's und Autobestandteile auf 78.720 S geschätzt. Der Erlös beläuft sich auf 89.720 S, so daß ein Mehrerlös von 11.000 S erzielt worden ist. Namens des Finanzausschusses erlaube ich mir nun, dem Hohen Haus den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: „Die Veräußerung der nachstehenden Lastkraftwagen, nicht mehr brauchbaren Behelfsombusse und ausgebauten Benzinmotore durch das Landes-eisenbahnamt wird nachträglich genehmigt.“

Präsident: Mangels einer Wortmeldung bringe ich den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Antrag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 225, betreffend die Übernahme der Bürgschaft für einen vom Hypotheken- und Creditinstitut Wien der Palten-Stahlindustrie Rottenmann zu gewährenden Betriebskredit von 3 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist Abg. Plaimauer, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Plaimauer:** Hohes Haus! Das Hypotheken- und Creditinstitut Wien ist bereit, der Palten-Stahlindustrie Ges. m. b. H. einen Betriebskredit in der Höhe von 3 Millionen Schilling zu gewähren, wenn das Land Steiermark hierfür die Haftung als Bürge und Zahler übernimmt.

Das genannte Unternehmen gilt als Deutsches Eigentum, steht unter öffentlicher Verwaltung und beschäftigt derzeit 24 Angestellte, 2 kaufmännische Lehrlinge und 138 Arbeiter, einschließlich 14 Lehrlingen und 10 Vorarbeitern. Die gegenwärtige Struktur des Absatzes ist vornehmlich auf Traktorenanhänger für die Landwirtschaft und auf elektrische Sägen abgestellt. Ein Ansuchen um einen namhaften Investitionskredit aus ERP-Mitteln läuft gegenwärtig. Die Bürgschaft des Landes wird angestrebt, weil die Voraussetzungen für einen Kredit auf kommerzieller Basis trotz Besserung der Verhältnisse des Betriebes noch nicht gegeben sind und die Möglichkeit der Verzinsung und Rückzahlung von einer Reihe von Faktoren abhängig ist, über die erst die künftige Entwicklung entscheiden wird.

Die Steiermärkische Landesregierung kann eine erhöhte Kontrolle dadurch ausüben, daß sie die Bürgschaftsübernahme davon abhängig macht, daß der Kredit nur in Teilbeträgen mit ihrer Zustimmung in Anspruch genommen werden darf.

Es hat sich daher heute der Finanzausschuß mit dieser Vorlage beschäftigt und ich erlaube mir, dem Hohen Haus nachstehenden Antrag vorzulegen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, für einen vom Hypotheken- und Creditinstitut Wien zu gewährenden Betriebskredit bis zur Höhe von 3 Millionen Schilling für einen Zeitraum von etwa 3 Jahren die Haftung als Bürge und Zahler zu übernehmen. Hierbei hat die Inanspruchnahme des Kredites in Teilbeträgen zu erfolgen und ist jeweils von der Zustimmung der Steiermärkischen Landesregierung abhängig zu machen.“

Ich ersuche namens des Finanzausschusses das Hohe Haus, diesem Antrage zuzustimmen, es handelt sich darum, 150 Familien fernerhin ihre Existenz zu erhalten.

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Die Palten-Stahlindustrie beschäftigt den Landtag nicht zum erstenmal. In Rottenmann haben wir einen Punkt in der Steiermark, der als besonders ungünstig für das Leben der Arbeiterschaft bezeichnet werden muß. Die Stadt Rottenmann lebt und stirbt mit der dort ansässigen Metallindustrie. Die Palten-Stahlwerke wurden während des Krieges praktisch mit ihrem gesamten Produktionsprogramm in die Schmiedhütte Liezen und nach Krems verlegt. Was in Rottenmann übrig geblieben ist, war die Massenfertigung von Granaten. Mit Kriegsende war daher für die Palten-Stahlindustrie in Rottenmann eine außerordentlich schwierige und komplizierte Situation entstanden.

Es wurde heute im Finanzausschuß darüber diskutiert, daß sowohl die verantwortlichen Stellen im Lande als auch beim Bund keine glückliche Hand hatten bei der Bestellung der öffentlichen Verwalter. Der Betrieb war allerdings in einer außerordentlich schwierigen Situation. Er hatte weder ein klares Produktionsprogramm, noch die notwendigen technischen Einrichtungen, um irgendein solches zu erstellen. Die Unterstützung, die die öffentlichen Verwalter sowohl vom Land als auch vom Bund erhalten haben, kann man als vollkommen ungenügend bezeichnen. Angesichts der Bedeutung der Metallindustrie in diesem Gebiete wäre es natürlich angezeigt gewesen, daß das damalige Ministerium für Wirtschaftsplanung in diesem unter öffentlicher Verwaltung stehenden Betrieb eine besondere Initiative entfaltet hätte. Es gab aber nur ein Tauziehen zwischen ÖVP und SPÖ um die Bestellung der öffentlichen Verwalter nicht nach technischen und fachlichen, sondern rein nach politischen Gesichtspunkten. Ein öffentlicher Verwalter löste den anderen ab, das Unternehmen aber kam nicht in Schwung. Es fehlte allerdings auch an Kapital und es wäre für diesen Betrieb von vornherein notwendig gewesen, daß der Staat eingesprungen wäre und zwar in einer Art und Weise, daß man sich wirklich klar entschlossen hätte, was in Rottenmann erzeugt werden soll und daß man die notwendigen Mittel bereitgestellt hätte, um irgendeine solche zweckmäßige Erzeugung anlaufen zu lassen. All das ist versäumt worden. Man hat Jahre verwurstelt, man hat Material-

vorräte, die es im Betrieb gegeben hat, aufgebraucht, vielfach verschleudert und als keine Substanz mehr vorhanden war, einfach den Betrieb liquidiert und die Arbeiter entlassen.

Gegenwärtig sind in Rottenmann 188 Menschen beschäftigt. Es steht aber fest, daß mit 188 Beschäftigten in der Palten-Stahlindustrie das Problem für diesen Betrieb nicht gelöst sein kann. Rottenmann braucht in diesem Betrieb mindestens einen dreifachen Beschäftigtenstand, mindestens einen Beschäftigtenstand von 600 Menschen. Der 3 Millionen Betriebskredit, der nun durch den Landtag garantiert werden soll, stellt ebenfalls eine vollkommen unzulängliche Maßnahme dar.

Im Finanzausschuß wurde heute sehr rege darüber diskutiert, was denn eigentlich aus den Rottenmanner Stahlwerken werden soll und werden kann. Das gegenwärtige Produktionsprogramm, wurde von einem Abgeordneten gesagt, hat ebenfalls wenig Aussicht auf Erfolg. Anhänger für Traktoren können andere Betriebe in Österreich wesentlich zweckmäßiger und billiger erzeugen als das unter den gegebenen Voraussetzungen in Rottenmann möglich ist. Das bedeutet, daß man dieses Werk entweder mit den notwendigen technischen Einrichtungen versehen muß, daß man den ganzen Fall mit aller Energie aufgreifen muß, um einen lebensfähigen Betrieb in Rottenmann wiedererstehen zu lassen oder daß all diese kleinen Mittelchen, die jetzt angewendet werden, wieder einen Aufwand darstellen, der nichts anderes ist, als eine kleine Verlegenheitsgeste, daß man so tut, als wie wenn man der Rottenmanner Arbeiterschaft helfen wollte, im übrigen selbst nicht daran glaubt, ja sogar der Meinung ist, daß es sowieso aussichtslos sei, der Rottenmanner Stahlindustrie wieder auf die Beine zu helfen.

Herr Abg. Hegenbarth hat im Finanzausschuß eine andere Bemerkung gemacht, die ebenfalls zum Nachdenken anregen muß. Er sagte: „Was nützt es schon, wenn wir jetzt einen tüchtigen Fachmann haben als öffentlichen Verwalter, es ist mehr als zweifelhaft, daß die Rottenmanner Stahlindustrie für das neue Erzeugungsprogramm die notwendigen Halbfabrikate und Rohstoffe erhalten wird.“ Bei der gegenwärtigen Lage auf unserem Eisensektor (Gegenrufe bei ÖVP) ist die Situation so, daß die eisenerzeugende Industrie im besonderen für die amerikanischen Rüstungsaufträge (Schallende Heiterkeit) (Abg. Stöffler: „Heute hat er lange gebraucht. Endlich ist es heraus“) arbeitet und daß die für die eisenverarbeitende Industrie notwendigen Halbfabrikate fehlen (Abg. Stöffler: Zwischenruf). Herr Abg. Stöffler, Sie lächeln (Abg. Stöffler: „Ich kann nur lächeln über den Unsinn“), aber Sie müssen wissen, wie die Situation in der eisenverarbeitenden Industrie ist und wenn Sie nur einen Funken Verantwortungsbewußtsein hätten, würden Sie aufstehen und sagen, jawohl, nicht nur für die Palten-Stahlwerke ist es fraglich, ob sie die notwendigen Rohstoffe und Halbfabrikate bekommt, sondern

es ist auch sehr fraglich, und zwar schon im heurigen Jahr, ob der Beschäftigtenstand in der eisenverarbeitenden Industrie in der Steiermark aufrecht erhalten werden kann, wenn die Belieferung dieser Betriebe mit Halbfabrikaten und Rohstoffen weiterhin so schleppend vor sich geht, wie das gegenwärtig der Fall ist, und wenn sie weiterhin Liefertermine erhalten, die 1 bis 2 Jahre ab Bestellung lauten. (Abg. Stöffler: „Wenn Sie die Ursachen klar herausstellen würden, müßten Sie sich niedersetzen, weil Sie nichts mehr zu reden haben.“) Die Ursachen sind ganz klar! Wir haben in der eisenverarbeitenden Industrie in Österreich bei einem viel geringeren Ausstoß unserer eisenerzeugenden Industrie niemals einen Materialmangel gehabt, wir haben ihn aber heute, und zwar in zunehmendem Ausmaß, und warum haben wir ihn? Weil wir Halbfabrikate und Rohstoffe in zunehmendem Maße im Auftrage der Amerikaner nach dem Westen zu exportieren verpflichtet sind. (Zwischenruf Abg. Stöffler: „Das ist wider besseres Wissen oder Dummheit, was Sie hier sagen!“) (Landesrat Dr. Illig: „Das arme Magnetophonband!“) (Heiterkeit.) Die Erscheinung in Rottenmann ist ein sehr heikler Punkt in der steirischen Wirtschaft. Rottenmann lebt und stirbt mit der Palten-Stahlindustrie. Ich glaube, daß die Maßnahmen, die man heute hier vorschlägt — so erfreulich sie sind, damit sie überhaupt noch weiterwursteln können — vollkommen unzulänglich sind und daß wir das Problem, das in Rottenmann besteht, in keiner Weise los werden. Wir wissen, daß es nicht nur ein Problem „Rottenmann“ heute gibt, daß nicht nur die Rottenmanner Stahlindustrie heute zum Land kommt und sagt: „Garantiere mir einen Betriebskredit von 3 Millionen Schilling!“ Wir wissen, daß es heute in der Steiermark schon eine ganze Reihe anderer Betriebe gibt, die knapp vor der Tatsache stehen, zu den öffentlichen Stellen zu kommen, zum Land und zum Bund, um um Betriebskredite anzusuchen oder um Garantien für Betriebskredite zu erhalten. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Von der Usia bekommen wir keinen.“)

In den letzten Tagen ist bekannt geworden, daß in der Weststeiermark die eminente Gefahr besteht, daß wir auch dort wieder ein neues Elendsgebiet bekommen, wie wir es jahrelang in der ersten Republik zwischen 1918 und 1934 gekannt haben. (Zwischenruf Abg. Hofmann: „In Deutsch-Wagram haben wir es schon.“) (Gelächter.) In Voitsberg droht die Glasindustrie vollkommen unter den Hammer zu kommen. In der Steiermark spielt die Glasindustrie eine sehr große Rolle. Ein wesentlicher Teil der österreichischen Glaserzeugung wird in Steiermark hervor gebracht. Die Erzeugnisse der weststeirischen Glasindustrie sind hauptsächlich Bedarfsgüter. Auf einmal hören wir, daß in der Weststeiermark 554 Menschen vor dem Abbau stehen, daß die Voitsberger Glasfabrik 312 und die Oberdorfer Glasfabrik 252 Arbeiter gekündigt hat. Wir wissen ganz genau, daß die Stilllegung einer Glasfabrik

verhältnismäßig leicht vor sich geht, der Glasofen wird ausgeblasen, aber daß es sehr schwer ist, genau so wie in der eisenerzeugenden Industrie auch in der Glasindustrie, einen solchen Betrieb wieder in Bewegung zu bringen, abgesehen von den Kosten, die eine solche Stilllegung und eine eventuelle Wiederinbetriebsetzung mit sich bringen. Ich glaube, daß der heutige Landtag sich daher nicht nur mit Rottenmann beschäftigen soll und sich nicht nur darum kümmern soll, daß in Rottenmann zunächst den 188 Beschäftigten der Arbeitsplatz erhalten bleiben soll, sondern daß die heutige Landtagssitzung auch dafür zuständig ist, Stellung zu nehmen zum Massenabbau von Glasarbeitern im weststeirischen Gebiet. 554 zusätzliche Arbeitslose im Voitsberger Gebiet, das ist eine Sache, die an den Lebensnerv dieser Stadt geht. 554 zusätzliche Arbeitslose, von denen wir nicht wissen, wann sie wieder eingestellt werden, müssen doch dem Steirischen Landtag eine schwere Sorge bedeuten. Der Direktor der Voitsberger Glasfabrik hat dem Betriebsrat, als er Vorstellungen machte wegen des Abbaues, erklärt: „Ja, einerseits haben wir Absatzschwierigkeiten, aber andererseits wären wir in der Lage, den Betrieb fortzuführen, wenn wir Betriebskapital von 5 Millionen Schilling hätten.“ Der Betriebsrat machte ihn nun auf den Widerspruch aufmerksam. Aber der Direktor stellte sich auf den Standpunkt, „ja, wir könnten, uns fehlen nur 5 Millionen Schilling Betriebskapital.“ Er wies allerdings auch darauf hin, daß der Glasindustrie in der Weststeiermark ein entsprechender Handelsverkehr nach dem alten Absatzgebiet des Ostens und Südostens fehle und daß es allerhöchste Zeit wäre, den Absatz nach dem Osten und Südosten wieder zu sichern, weil ohne diese Absatzmärkte für die Glasindustrie in Österreich auf die Dauer eine Vollbeschäftigung nicht möglich und nicht denkbar ist.

Man sieht also, nicht nur in Rottenmann haben wir einen außerordentlich schwierigen Fall, wir haben eine Reihe neuer Fälle, wir haben auch den Fall der Deutschlandsberger Zündholzindustrie, wo es ebenfalls in der letzten Zeit Massenabbau gegeben hat und wo man sich die Frage vorlegt, ob es denn nicht zweckmäßiger wäre, den Deutschlandsberger Betrieb aufzugeben und die Erzeugung nach Linz zu verlegen. Ich fürchte, daß, wenn die gegenwärtige Wirtschaftspolitik in völliger Abhängigkeit vom Diktat der amerikanischen Rüstungswirtschaft fortgesetzt wird, sich der Landtag in der nächsten Zeit des öfteren mit den schwierigen Problemen der Beschäftigung der steirischen Arbeiterschaft wird befassen müssen.

Eines ist sicher, die steirische Arbeiterschaft ist in keiner einzigen Sparte der steirischen Wirtschaft bereit, das Schicksal der Arbeitslosigkeit hinzunehmen, auch nur so hinzunehmen, wie es in der ersten Republik hingenommen wurde. Die Arbeiterschaft steht heute auf dem Standpunkt, nach den Erfahrungen des letzten Weltkrieges und nach all dem, was sie zur Ein-

leitung des letzten Weltkrieges erfahren mußte, daß das Recht auf Arbeit den österreichischen Arbeitern durch die zweite Republik gewährleistet werden muß. Dieser Standpunkt ist auch voll begründet und absolut berechtigt. In einer Gewerkschaftskonferenz hat der Minister für soziale Verwaltung, Maisel, einmal erklärt, man solle uns nicht wieder sagen, es sei kein Geld da. Wir haben es im Jahre 1938 erlebt, als die deutsche Rüstungskonjunktur zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges einsetzte, daß auf einmal Geld genug da war, um die Menschen in die Rüstungsindustrie zu jagen und letzten Endes auf die Schlachtfelder zu bringen. Wir stellen uns auf den Standpunkt, daß in der Zweiten Republik das Recht auf Arbeit gewährleistet sein muß.

Hoher Landtag! Wir haben in der letzten Zeit in der breiten Öffentlichkeit eine heftige Diskussion erleben müssen über die Verschiebung eines ungeheuren Vermögens, das man dem Hochverräter, dem ehemaligen Fürsten Starhemberg zuschieben will. (Bewegung im Hause.) Wir haben es erlebt, daß die breiteste Öffentlichkeit gegen diese vollständig unverständlichen Maßnahmen Stellung genommen hat (Dr. Illig: „Was hat das mit der Palten-Stahlindustrie zu tun?“). Es handelt sich um ein Vermögen von vielen Millionen Schilling, es hat insofern viel zu tun mit der Palten-Stahlindustrie, weil auch dort Mittel freigesetzt werden, um einen Fürsten abzufinden, der kein Recht hat auf eine solche Abfindung, weil er ein Hochverräter ist und kein anderes Verdienst hat, als den Arbeitermord mit Hilfe Mussolinis organisiert zu haben (Zwischenruf Dr. Illig: „Ich warne Sie vor den Folgen eines Schlagflusses, wenn Sie sich so aufregen!“) (Heiterkeit). Ich weiß, daß Ihnen Starhemberg am Herzen liegt, ich weiß, daß die ganze ÖVP von Recht schreit, wenn es sich darum handelt, ein Unrecht, wie es die Abfindung eines Starhemberg ist, zu popularisieren. Ich weiß, daß sich auch der VdU in dieser Sache als Fürstenknecht erwiesen hat (Landesrat Dr. Elsnitz: „Das ist ja ein Hellseher“), ich weiß, daß die SPÖ nur zum Schein ein Gesetz im Nationalrat eingebracht hat und daß es der SPÖ im Gegensatz zu ihrer Mitgliedschaft nicht ernst ist im Kampf gegen die Abfindung Starhembergs.

Präsident: Ich ersuche den Abgeordneten, zur Sache zu sprechen.

Abg. Pölzl (fortfahrend): Aber die österreichische Arbeiterschaft, die heute wieder in einem Kampf um ihren Arbeitsplatz steht, diese österreichische Arbeiterschaft hat kein Verständnis für die Verschleuderung öffentlicher Mittel, diese österreichische Arbeiterschaft fordert, daß ihr Arbeit bei einem menschwürdigen Lebensstandard in der Zweiten Republik gesichert bleibt.

Landesrat Fritz Matzner: Hohes Haus! Es gehört die ganze Unverfrorenheit kommunistischer Agitatoren dazu, hier die Schuld der kom-

munistischen Weltpolitik auf andere abzuwälzen. Rottenmann ist bekanntlich nach dem Kriegsschluß von den Russen bis auf die Grundmauern ausgeraubt worden, das ist der Anfang des Elends der Arbeiter und Angestellten im Rottenmanner Gebiet (Zwischenruf: „Das darf er nicht sagen“). (Rufe: „Sehr richtig.“) Es muß das in Erinnerung gerufen werden, um die wirklich fadenscheinige Begründung und die Krokodilstränen, die hier vergossen worden sind, auch richtig zu verstehen. Eine maßlose Heuchelei ist es, zuerst die Mauer zu machen und bis heute noch die Mauer zu machen den Plünderern des österreichischen Volkes und dann, wenn das Elend entstanden ist, hereinzukommen und zu sagen: Ihr seid schuld an diesem Elend. Persönlich bin ich das gewohnt, weil ich mit der Auseinandersetzung mit diesen österreichfeindlichen Kommunisten unentwegt beschäftigt bin, aber es gehört doch auch hierher ins Protokoll für spätere Zeiten, wie verlogene Leute hier in diesem Saale aufgestanden sind und Reden hielten nur zu dem Zwecke, die Wahrheit zu verdunkeln.

Als sich Menschen in Rottenmann mit Glück und Unglück bemühten, aus diesen leeren Stätten nach und nach wieder einen Betrieb zu erstellen, wie die Arbeiter dort wirklich ganz gegen ihre Metallarbeitertradition sich mit der Erzeugung von Spielwaren beschäftigen mußten, um nur irgendwie zu Brot zu kommen, damals waren es auch die Kommunisten, die das alles für unzulänglich fanden und förmlich höhnten über diese Versuche, die gemacht wurden. Zuerst haben sie so tief den Betrieb durch Plünderungen heruntergebracht, dann versuchen sie, durch Agenten der USIA-Betriebe den Betrieb dort in ihre Machtsphäre zu bekommen. Leute, deren Namen ich kenne, sind wiederholt in dieser ersten Zeit der Rottenmanner Betriebe in dem Betrieb und um den Betrieb herumgeschlichen und haben versucht, das Werk in USIA-Hände spielen zu lassen. Wir haben natürlich diesen Machenschaften in Steiermark sofort jeden Widerstand entgegengesetzt, weil wir die Gefahr voraussehen konnten, wie die Arbeiter in einem solchen Betriebe behandelt werden. Es bedurfte nicht viel Hellschere, wir wußten, wie die Menschen in den Volksdemokratien behandelt werden, wie dort Freiheit und Menschenwürde aussieht, damals war es uns schon klar, daß wir uns gegen diese Machenschaften zu stellen haben. Es ist uns gelungen, mit kleinen Krediten doch wieder auf 200, 250, 300 Beschäftigte zu kommen. Aber ohne weiteres zuzugeben, es ist kein Einzelfall, in diesem Gebiet ist es nicht möglich, die schon zum Teil nach Liezen abgewanderte Industrie zurückzubekommen, die riesigen Hallen, die dort für die Kriegspoduktion aufgerichtet wurden, mit Menschen und Arbeit zu füllen. Richtig ist, daß der erste Verwalter und auch der zweite Verwalter nicht die glückliche Hand hatten, aber die materiellen Schwierigkeiten waren überaus groß, sie konnten sie auch bei besserer innerer Qualität nicht meistern.

Dann wurde ein Mann gefunden, der in der Wirtschaft bisher wirklich sehr erfolgreich war. Wir freuen uns, daß er zum öffentlichen Verwalter bestimmt worden ist, und nun war es unser Bemühen, den Kapitalsmangel im Betrieb zu beheben, damit Rohstoffe und Halbfabrikate eingekauft werden konnten und die Arbeit wieder anlaufen kann. Geld zu kriegen ist in Österreich nicht sehr leicht. Wenn allzu billig die Kredite hinausgegeben würden und damit das wirtschaftliche Abenteuer eventuell freies Feld hätte, wissen wir, daß dadurch die ganze Preisbewegung nicht aufgehalten werden kann. Deshalb ist es gut, daß die Kreditinstitute bei der Vergebung von Krediten sehr vorsichtig sind. Es sind die Rottenmanner Arbeiter und Angestellten und der öffentliche Verwalter zum Herrn Landeshauptmann und zu mir gekommen und haben gebeten, daß das Land Hilfe bringen soll. Ein wenig abwegig mag das sein, das Land ist nicht in der Lage, jedem notleidenden Betrieb einen Kredit zu verschaffen, und Bürgschaften für die Kredite zu übernehmen, das ist nicht Landesaufgabe. Aber weit früher, bevor wir die verlogenen Darlegungen hier in diesem Hause hörten über das Elend der Menschen dort, haben wir uns im Land dazu entschlossen gehabt, doch den Weg der Hilfe zu beschreiten, außerhalb unseres Aufgabenkreises, und weil wir das tun, werden wir von Leuten, die vorgeben, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten, getadelt. Aber wir haben gelernt, uns unabhängig von solchem falschen Tadel zu machen und werden auf dem Wege der Hilfe für alle im Lande, mögen sie in welchem Berufsstand immer sein, weiterschreiten. Mit dem Kredit, der jetzt durch die Bürgschaft des Landes erreicht werden wird, wird dann ein weiterer ERP-Kredit (zu Abg. Pölzl) — ein amerikanischer Kredit — frei gemacht werden. (Heiterkeit.) Und was die Russen durch ihre Beute zusammengerissen haben, wird jetzt mit amerikanischem Gelde in der Hauptsache aufgebaut werden.

Das ist der große Unterschied, der zwischen der heuchlerischen und verlogenen Darlegung kommunistischer Agitatoren über die Marshallhilfe und der Wirklichkeit besteht. Über alle anderen Dinge, die der Herr Abg. Pölzl besprochen hat, glaube ich nicht viel sagen zu müssen. Materialmangel für die Fertigwarenindustrie besteht. Die Ursachen sind auch sehr klar. Wir können natürlich nicht nur Hilfe vom Ausland in Anspruch nehmen, ohne nicht auch diesem Ausland selbst Hilfe zu bieten. Wir gaben für Gebrauchsartikel vielfach Material auch an das Ausland und auch viele unserer Fertigwaren — auch von Puch hier in Graz — gehen in das Ausland, um eben unseren Beitrag in Form von Gebrauchsgütern als Wirtschaftshilfe im Rahmen des Marshallplanes leisten zu können. Niemand mehr als ich selbst, der ich durch den Beruf als Industriereferent hier im Lande, aber auch als Gewerkschafter verpflichtet bin, alles zu tun, damit die Vollbeschäftigung erhalten bleibt, ist also wirklich informiert über diese

Dinge und ich darf sagen, daß unsere Bestrebungen, der Fertigwarenindustrie Material zu geben, daß es zu keiner Arbeitslosigkeit kommt, nachhalten und ich habe mit dem Herrn Minister Ing. Waldbrunner für den 8. Februar im Beisein von manchen Funktionären der Fertigwarenindustrie eine Beratung angesetzt.

Die Glasindustrie, die gegenwärtig in der Weststeiermark in Schwierigkeiten gekommen ist, die werden wir uns auch auf gewerkschaftlichem Boden sehr genau ansehen. Darüber weiß der Herr Abg. Pölzl sehr genau Bescheid. Aber es geht ihm nur darum, einen ihm vorgeschriebenen Artikel heute herzusagen und zu verlesen, damit er morgen in der „Wahrheit“ steht. (Heiterkeit.) Ich habe sehr oft erlebt, wie er kalt zugeschaut hat, wenn Arbeitern Unrecht getan wurde, wenn ein Unrecht gegen die Arbeiter gesetzt wurde, und er selbst sich nie dagegengestellt hat. Nie haben wir von ihm gehört, daß das, was die Russen taten und noch tun, ein Schaden für die österreichische Volkswirtschaft und damit auch für die Arbeiter und Angestellten ist. Das zeigt ja die sehr verdächtige Einseitigkeit seiner ganzen Darstellung. Wir werden von der Gewerkschaft her auch den Fall der Glasindustrie mit allen uns zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln genauestens feststellen. Wir, wenigstens ein Teil der anwesenden Abgeordneten, wissen, daß im Betriebsrätegesetz ein Passus enthalten ist, wonach man über Antrag der Landesexekutive des Österreichischen Gewerkschaftsbundes vom zuständigen Ministerium eine Kontrolle jener Betriebe durchführen lassen kann, die vorgeben, in schwieriger Situation zu sein. Nachdem weder die Arbeiterkammer noch die Handelskammer, noch der Gewerkschaftsbund in der Lage sind, solche Kontrollen durchzuführen, wurde das in das Gesetz aufgenommen und wir haben in der Landesexekutive diesen Antrag schon nach Wien gesandt, um die Überprüfung dieser Industrie durchführen zu lassen. Manchmal werden Entlassungen als Drohung auch gesetzt zu dem Zweck, billigere Lohnbedingungen zu erreichen oder auch zu dem Zweck, billiges Kapital zu verschaffen. Welche Gründe hier entscheidend sein mögen, das, bitte, lassen Sie in aller Ruhe die Wirtschaftskammer und den Gewerkschaftsbund gemeinsam prüfen und ich bin überzeugt, daß wir zum Schutze der dort bedrohten Existenzen gemeinsam wieder einen Weg finden werden.

Daß in Deutschlandsberg saisonmäßig bedingte Entlassungen stattfinden, das ist für diese Industrie seit langem klar. Wir erinnern uns, daß in der Ersten Republik Deutschlandsberg überhaupt eingestellt war, vorher schon die „Solo“ in Stainz und der Betrieb in Oberösterreich die gesamte Produktion für die „Solo“ übernommen hatte. Erst der große Mangel unmittelbar nach diesem zweiten Krieg hat auch diesen Betrieb in Deutschlandsberg wieder aufleben lassen. Ob er dort dauernd aufrecht bleiben kann, ob wir so viel Export finden können, das kann niemand heute prophezeien. Unser

guter Wille ist selbstverständlich anzunehmen, aber Österreich ist in der Zündholzindustrie zu stark eingerichtet für den eigenen Bedarf. Es braucht im Ausland den Absatz und den kann man nicht herzaubern, den muß man sich erarbeiten und das macht oft große Schwierigkeiten.

Pölzl hat an einen Ausspruch des Herrn Ministers Maisel erinnert mit dem Recht auf Arbeit. Das ist bekanntlich ein Punkt des sozialistischen Programms, das wir wiederholt nicht nur beschlossen, sondern auch durchgeführt haben und ich glaube, das gemeinsame Bemühen aller gutwilligen Kräfte in Österreich hat doch dieses Recht auf Arbeit in einem solchen Maße verwirklicht, wie das in Österreich noch nie der Fall gewesen ist. Die Zahl der Beschäftigten ist gegenwärtig so groß, wie wir das in der Ersten Republik niemals verzeichnen konnten. Damit also ist dieser Punkt verwirklicht. Wollen wir hoffen, daß wir durch unsere spätere Arbeit auch zustandebringen, daß die Zahl der Menschen in der Beschäftigung erhalten bleibt.

Über Starhemberg zu sprechen, ist — glaube ich — hier absolut nicht am Platz, es hat sich das Parlament mit dieser Frage zu beschäftigen und wir nehmen auch hier an, daß in Zusammenarbeit mit allen, die das Recht und auch das Gefühl des Volkes in sich aufgenommen haben, der Ausweg gefunden werden wird. (Anhaltender Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Dr. Kaan: Da der selbstverständliche Akt einer Überbrückungshilfe, um rund 200 Arbeiterfamilien und -angehörigen den Arbeitsplatz zu erhalten, hier doch Gegenstand einer Debatte geworden ist, erscheint es mir notwendig, auch vom Gesichtspunkt der ÖVP die Gründe ein wenig zu beleuchten.

Ich habe der im wesentlichen richtigen historischen Darstellung über die Geschichte der Paltenstahl-Werke ab 1945, die Herr Landesrat Matzner hier gegeben hat, nur wenig beizufügen. Aus der Darstellung des Herrn Abg. Pölzl ist als richtig zu erwähnen, daß die Umstellung von Kriegsindustrie auf Friedensindustrie natürlich auch für die Paltenstahl-Werke ein Problem gewesen wäre. Die Paltenstahl-Industrie ist ein Kriegsoffer, wie so viele andere Industrien. Sie wurde während der NS-Zeit zerzaust und umgestellt auf die Kriegswirtschaft. Die Rottenmanner Industrie besteht seit Jahrhunderten. Sie ist ja nicht zufällig dort entstanden, sondern wirtschaftliche Gegebenheiten, die wahrscheinlich auch nicht über Nacht geändert werden können, haben dort diese Industrie entstehen lassen. Wir sind der Meinung, daß die dort ansässig gewordenen Arbeiter, durch Generationen ansässig gewordenen Arbeiter, geschützt werden müssen, selbst wenn die augenblickliche Situation nicht die besten wirtschaftlichen Aussichten bietet.

Wenn ich die Paltenstahl-Industrie oder die Rottenmanner Industrie ein Kriegsoffer nenne, kommen noch zwei andere Gesichtspunkte in

Betracht, die diese Bezeichnung rechtfertigen. Den einen hat Herr Landesrat Matzner bereits erwähnt, indem er gesagt hat, daß diese Arbeitsstätten und Hallen leer gemacht worden sind, indem die Maschinen herausgeholt wurden anlässlich der Befreiung. Es gibt aber auch noch eine weitere Ursache, warum bis heute dieser Industrie nicht nachhaltig geholfen werden konnte. Die rechtliche Situation ist doch so, daß in doppelter Hinsicht „Deutsches Eigentum“ vorliegt und diese Tatsache des deutschen Eigentums war bisher das Hindernis, daß die kreditgebenden Stellen nachhaltig helfen konnten. Warum das deutsche Eigentum noch immer deutsches Eigentum ist und die wirtschaftlichen Verhältnisse in dieser Hinsicht nicht geklärt werden sollen, brauche ich hier in diesem Hause nicht weiter zu erläutern. (Zwischenruf: „Staatsvertrag.“) Auch ist ein weiterer Grund dort zu suchen, wo jemand heute „Haltet den Dieb“ geschrien hat. Wir haben hier aus dem gleichen Munde bewegte Klage gehört, daß die eisenverarbeitende Industrie der Steiermark möglicherweise bald in ein Mißverhältnis der Maschinen zu den Rohstoffen und Halbprodukten gerät. Ich möchte damit nicht die Behauptung aufstellen, daß es weise Voraussicht war, im Jahre 1945 die eisenverarbeitende Industrie der Steiermark maschinenleer zu machen. (Rufe „Sehr richtig!“ — Gelächter.) Tatsache ist, daß heute schon wieder Maschinen da sind und wir alle Vorsorge zu treffen haben, daß diese Maschinen auch laufen.

Abg. Pözl hat sehr richtig am Beispiel der Glasindustrie angeführt, daß ein Glasofen verhältnismäßig rasch ausgeblasen werden kann, es jedoch ziemlich schwer fällt, ihn wieder in Betrieb zu bringen, d. h. die Industrie wieder zum Laufen zu bringen. Das gilt selbstverständlich auch für die Rottenmanner und die Paltenstahlwerke. Ich meine, das Land Steiermark hat die Aufgabe, dort das Leben zu erhalten auch auf die Gefahr hin, eine Kleinigkeit einmal zu verlieren. Wenn man heute das Geld, diese 3 Millionen, nicht hineinbringt, werden eben die restlichen 188 Arbeiter auch noch arbeitslos werden und weglaufen und es wird eines ungeheuren Entschlusses und eines wesentlich größeren Opfers bedürfen, wenn wir Rottenmann wieder in Schwung bringen wollen und wir werden es in Schwung bringen wollen und wahrscheinlich müssen. Wie eingangs erwähnt, ist dort eine gewachsene Industrie auf Grund vielfacher wirtschaftlicher Voraussetzungen entstanden, die heute noch bestehen und es würde der Zeitpunkt kommen, wo Rottenmann wieder entstehen kann.

Es ist in diesem Saale schon einmal das Wort „Starhemberg“ gefallen. Wenn ich dazu einige Worte sage, möchte ich vorausschicken, daß ich persönlich niemals der Heimwehr angehört habe, daß ich Starhemberg persönlich nicht kenne und in keinerlei Beziehung zu seiner Person stand oder stehe. Aber es muß gesagt werden, daß das Gesetz, wie wir es heute in seinem ersten Entwurf gelesen haben, mir juristisch

und politisch außerordentlich töricht erscheint. Den Dank haben die Einbringer des Gesetzes seitens der Kommunistischen Partei für Steiermark zumindest in der „Wahrheit“ von heute gelesen, die auch ihrerseits außerordentlich unzufrieden damit ist. Ich will nicht hoffen, daß sie deshalb unzufrieden ist, weil der § 1 eine so merkwürdige Fassung bekommen hat. Dieser sagt nämlich, daß diejenigen, die an maßgebender Stelle mit materieller Hilfe des Auslandes gegen die Demokratie in Österreich arbeiten, verfolgt werden. (Allgemeines Gelächter. — Landesrat Dr. Illig: „Seien Sie froh, daß Sie immun sind, Herr Pözl!“ — Stürmische Heiterkeit.) Nun, Gesetze werden ja allgemein angewendet und hoffentlich nicht nur nach rückwärts, sondern auch nach vorne und jetzt komme ich zum Punkte, warum ich das Gesetz juristisch für töricht halte. Ich war vor einigen Tagen Ohrenzeuge einer Rede des Justizministers, dessen Thema war „Politik hat vor dem Gerichtssaal Halt zu machen“. Wenn es nun unternommen wird, auf politischem Wege ein Gesetz zustandezubringen, um Entscheidungen eines höchsten Gerichtes zu vernichten oder deren Vollzug auszuschalten, so ist das ein Akt, den man sich außerordentlich überlegen muß. Zweitens hat dieses Gesetz wieder die fürchterliche Rückwirkung in sich, etwas, was vom juristischen Standpunkt zerstörende Wirkungen hat. Und noch etwas Fürchterliches ist in diesem Gesetz: Hohes Haus, erinnern Sie sich doch an den Eindruck, den sie alle erlebten, wie gegen Ende des Krieges in Wehrmachtsberichten stand: „Der und der Kommandeur hat die Festung wider seine Pflicht übergeben, seine Sippe wurde haftbar gemacht.“ Das Fürchterliche der Sippenhaftung soll nun wieder eingeführt werden, denn dieses Gesetz nähert sich auch dem Gedanken der Sippenhaftung, indem gesagt wird, daß nicht nur der angebliche Hochverräter, sondern auch seine Erben keinen Anspruch auf Entschädigung erheben dürfen. Darin liegt meines Erachtens die Sippenhaftung! Nun, wenn ich ein wenig rückblicke und von dem Gedanken ausgehe, daß — wenn ich mich aus der Geschichte erinnere — ein Starhemberg vor etwa 300 Jahren verhindert hat, daß ein asiatischer Sturm über Wien gekommen ist, sage ich: Soll die Sippenhaftung vielleicht auch von diesen Kräften angewendet werden? (Anhaltender, lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Abg. Pözl: (Zwischenruf: „Radio Moskau!“) Hohes Haus! Seitdem der Herr Landesrat Matzner als Gast in den Vereinigten Staaten von Amerika geweilt hat, (Zwischenruf: „Der Neid!“) — neidlos kann man ihm diesen Ruhm einräumen — ist er der beste Amerikaner des steirischen Landtages. (Heiterkeit.) Ich möchte mich doch ganz ruhig und sachlich mit der Materie Rottenmann beschäftigen. Ich kenne sie sehr gut, ich glaube besser als der Landesrat Matzner.

Ich war gegen Ende des Krieges in Rottenmann, (Zwischenruf Landesrat Dr. Elsnitz:

„Waren Sie beim Maschinentransport 1945 dabei?“ ich habe in Rottenmann sehr deutlich gesehen, was dort produziert wird und was es an Maschinen dort gegeben hat. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Also doch!“) Das Rottenmanner Eisenwerk war während des Krieges ein ausgesprochener Rüstungsbetrieb, ausgerüstet mit Einzweckmaschinen zur Erzeugung von schweren Granaten. Wer diese Maschinen gesehen hat, der weiß, daß die Industrie, die es 1945 in Rottenmann gegeben hat, aber schon gar nichts mit einer Fertigung für Friedenszwecke zu tun gehabt hat. Ich kann schon verstehen, daß vielleicht Herr Landesrat Matzner sehr traurig darüber ist, daß heute in Rottenmann die Maschinen, die seinerzeit serienweise als Einzweckmaschinen schwere und schwerste Granaten erzeugt haben, daß diese Maschinen nicht wieder Granaten erzeugen. (Stürmische Gegenrufe bei SPÖ.) Ich finde, daß das, was in Rottenmann nach dem Kriege da war, mit der österreichischen Friedensfertigung nichts zu tun hat. Im wesentlichen gab es dann noch dort eine große, leere Halle, die unten in Jugoslawien gestohlen wurde und zurückgestellt werden mußte. (Landesrat Horvatek: „Ich muß schon sagen, ich weiß nicht, was Hochverrat ist, wenn das nicht!“) (Unruhe.) Die Paltenstahlindustrie in Rottenmann brauchte nach dem Krieg ein vollkommen neues Fertigungsprogramm und eine Einrichtung für eine neue Fertigung. Es ist eine Verleumdung, weil sie gegen besseres Wissen ausgesprochen wird, daß wir Kommunisten uns nicht um jede einzelne Maschine, die der österreichischen Friedensfertigung dienen kann, selbst mit den Russen gerauft haben. (Ruf: „Lüge“, verschiedene Zwischenrufe, Gelächter.) Sie wissen so gut wie ich selbst, daß eine Unzahl von Industrieeinrichtungen in der Steiermark der Beschlagnahme nur deswegen nicht verfallen sind, weil wir Kommunisten uns mit größter Energie dafür eingesetzt haben, daß diese Maschinen der steirischen Industrie erhalten bleiben. Und ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß diejenigen, die die Maschinen weggebracht haben und die den Auftrag dazu gegeben haben, die Maschinen wegzubringen, wenn sie solche Reden hörten, wie sie der Herr Landesrat Matzner heute gehalten hat, es geradezu bedauern könnten, unserem Land eine so große Anzahl von Maschinen gelassen zu haben, die immerhin zum größten Teil der Rüstungsfertigung des Dritten Reiches gegolten und dort ihre Arbeit geleistet haben, wenn sie wüßten, daß heute bereits wieder ein wesentlicher Teil unserer Industrie für die Rüstung arbeitet, u. zw. für die Rüstung zu einem Krieg, der gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien organisiert werden soll. (Heftige Gegenrufe, wie „Unverschämtheit“, „Lüge“ u. dgl. — Anhaltender Lärm.)

- Es ist weiterhin eine Verleumdung wider besseres Wissen, mir persönlich vorzuwerfen, daß ich kalt zugeschaut hätte dort, wo Unrecht gegen Arbeiter und Angestellte gesetzt wurde. Der Herr Landesrat Matzner weiß es ganz genau,

daß ich immer und überall, wo Unrecht gegen Arbeiter und Angestellte gesetzt wurde, meinen Mann gestellt habe, das kann ich stolz von mir behaupten. (Zwischenruf Landesrat Dr. Elsnitz: „Blödsinn! Sie, in Moskau!“) Der Herr Landesrat Matzner sagt, es kann schon passieren, daß es eine Einschränkung von Betrieben gibt da und dort, wie z. B. in Deutschlandsberg, weil wir nicht den notwendigen Absatz finden, aber immerhin erinnern wir uns daran, es geht uns ja doch viel besser als in der Ersten Republik, wir haben damals ja auch eine konjunkturbestimmte Arbeitslosigkeit gehabt und jetzt haben wir einen Beschäftigtenstand, der so hoch ist, wie er noch niemals gewesen ist. Bei diesem Beschäftigungsstand dürfen wir nur eines nicht vergessen, daß die österreichische Arbeiterschaft beschäftigt ist zu Reallöhnen, die einen Hohn darstellen auf die gegenwärtige Produktivität und die tatsächlich weit hinter dem zurückbleiben, was bezahlt werden könnte, wenn man den Arbeiter als Produzenten achten und respektieren würde in unserem Land und wenn man auch nicht vergessen würde, daß der Arbeiter nicht nur ein Produzent, sondern auch ein Konsument ist und daß er nur das konsumieren kann, was er als Lohn oder Gehalt erhält. Vielleicht ist der Herr Landesrat Matzner noch beruhigt, weil wir noch nicht 300.000 Arbeitslose haben, vielleicht findet er es nicht so arg, wenn dort 200 und da 300 und dort 400 Arbeiter abgebaut werden. Ich muß sagen, ich finde das sehr arg und der Großteil der österreichischen Arbeiter findet das sehr arg und findet, daß das ein Sturmzeichen ist für eine kommende Entwicklung, also ein Kennzeichen dafür, daß wir trotz der gedrückten Lebenshaltung wieder mit einer Massenarbeitslosigkeit zu rechnen haben, wenn diese Wirtschaftspolitik, die gegenwärtig in Österreich betrieben wird, fortgesetzt wird. (Zwischenruf Abg. Stöffler: „Was Ihnen so passen täte, obwohl Sie darüber schimpfen!“)

Dem Redner der ÖVP liegt natürlich nur eines am Herzen: die Verteidigung des Privateigentum. (Zwischenruf: „Ja, klar!“) Es ist ihm ganz Wurst, wer dieses Privateigentum einmal besitzen hat, sei es auch ein Hochverräter vom Schlage Starhemberg, sei es ein Hochverräter, der zu Mussolini gegangen ist und dort Gewehre und Maschinengewehre erbettelt hat, damit Arbeiter hingemordet werden können. Das spielt ihm gar keine Rolle, es ist eben heiliges Privateigentum und das will er schützen, obwohl er — und das sei rühmlich anerkannt — erklärt, er sei kein Faschist, ja nicht einmal Heimwehrlere, was man ja nicht von allen Mandataren der ÖVP sagen kann. (Zwischenrufe, Gelächter.) Aber immerhin, Herr Doktor, (zu Abg. Dr. Kaan) ich glaube, Sie müssen in Ihrem Rechtsempfinden ein bißchen weiter gehen. Sie müssen einsehen und begreifen lernen, (Abg. Wegart: „Da muß er wohl zu Ihnen in die Lehre gehen!“) daß ein Mensch, der unserem Land einen derart unerhörten Schaden zugefügt hat, wie Starhemberg, daß ein solcher Mensch das

Recht verwirkt hat, daß sein Eigentum, selbst von bürgerlichen Gesetzen in unserem Land, verteidigt wird. (Abg. Dr. K a a n : „Das weiß man schon seit 6 Jahren!“) Sein Eigentum ist verfallen in dem Augenblick, wo er sich gegen das österreichische Volk und gegen die österreichische Demokratie gerichtet hat. (Gegenrufe bei ÖVP.)

Aber das kann ich Ihnen sagen: Sie haben geglaubt, Sie machen eine sehr gute Anspielung gegen uns Kommunisten, wenn Sie uns als zweifelhafte Demokraten (Abg. St ö f f l e r : „Was heißt zweifelhaft, das ist ja gar nicht zweifelhaft!“) hinstellen. Ich kann Ihnen sagen, wenn jemand die wirklichen Rechte des Volkes, die lebendigen demokratischen Rechte des Volkes verteidigen wird in Österreich und verteidigt, dann sind es wir Kommunisten. (Lachen und Gegenrufe.) Und wir werden sie verteidigen gegen alle Faschisten und Halbfaschisten, gegen alle Auch-Demokraten und gegen alle Söldner des österreichischen und des internationalen Kapitalismus.

Präsident: Hoher Landtag! Ich darf die erregte Debatte etwas unterbrechen durch die freudige Mitteilung, daß ich den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Thoma, in unserer Mitte begrüßen darf. (Allgemein sehr lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Landeshauptmann **Krainer:** Es ist nicht meine Art, mich mit den Kommunisten in diesem Haus auseinanderzusetzen. Aber es ist jetzt das vierte oder fünfte Mal, daß bewußt eine Gelegenheit gesucht wird, um Österreich und dieses Land zu verdächtigen. Nachdem es auch heute wieder versucht wurde, eine solche Verdächtigung auszusprechen, muß ich mich zum Worte melden.

Der Herr Abg. Pölzl behauptet unentwegt, unsere ganze Industrie sei in die Rüstung eingeschaltet, in die westliche Rüstung eingeschaltet, wir erzeugen Kanonen und Granaten und was weiß ich sonst noch alles. Wir wissen aber genau und Sie, Herr Abg. Pölzl, ebenso, daß kein Stück Rüstung in Österreich und in Steiermark erzeugt wird. (Abg. Pölzl: „Ich habe nur gesagt: wesentliche Teile davon!“) Es ist also eine Verdächtigung, eine bewußte Verdächtigung, wenn wir der Rüstung geziehen werden und ich muß jetzt raten: Weshalb immer wieder diese Verdächtigungen? (Zwischenruf: „Weshalb raten, das ist ja gar nicht notwendig!“) Wir stehen ja wieder einmal vor Staatsvertragsverhandlungen! Der Vertreter der russischen Macht ist vorläufig nicht erschienen, weil er noch mit dem „Aktendstudium“ beschäftigt ist und es ist so merkwürdig, daß, seitdem bekannt ist, es solle wieder einmal wenigstens eine Verhandlung über den österreichischen Staatsvertrag abgeführt werden, von den Kommunisten über Rüstung und Wiederaufrüstung und Kriegsrüstung in Österreich gesprochen wird. (Abg. St ö f f l e r : „Laut Befehl!“) Ich muß daraus den Schluß ziehen,

daß die Kommunisten bewußt die Staatsvertragsverhandlungen stören wollen, daß sie der russischen Besatzungsmacht suggerieren wollen: Geht nicht aus dem Lande, es wird gerüstet! (Zustimmung.) Wir haben und hätten wahrlich und endlich Anspruch auf volle Freiheit und Souveränität! Sobald aber nur ein kleiner Ausblick 'uns Glaube und Hoffnung gibt, weil endlich wieder einmal verhandelt wird, dann werden immer wieder die Kommunisten in irgendeiner Weise die Verhandlungen zu stören und dieses Vaterland Österreich zu verdächtigen versuchen.

Wir müssen uns mit wirklich innerer Entüstung gegen solche Methoden und solche Machenschaften aussprechen, (Lebhafte Zustimmung.) wir müssen heftig dagegen protestieren, daß man dieses friedliche Land, diese friedlichen Menschen der Kriegstreiberei zeiht, weil man von Ihrer Partei, von der Kommunistischen Partei aus nicht will, daß dieses Land endlich einmal frei werde. (Anhaltender, sehr starker Beifall bei ÖVP, SPÖ und VdU.)

Abg. Kandutsch: Hohes Haus! Die Initiative, die das Land in der Frage Rottenmann entwickelt, findet unsere volle Zustimmung. Wenn man in dieser Stadt in den letzten Jahren verweilt hat, so hat man das Gefühl gehabt, hier in einer sterbenden Stadt zu leben und es war die höchste Zeit, daß nunmehr die öffentliche Hand, die vor allem die Aufgabe haben muß, eine wirtschaftliche Initialzündung zu geben, sich eingeschaltet hat, um Rottenmann zu helfen und dort wieder die Existenz von Arbeiterfamilien zu retten und auf sichere Basis zu stellen. Ich kann mir ersparen, lange darauf einzugehen. Es ist nur etwas anderes, was Sie mir gestatten müssen, festzustellen.

Es wurde in der heutigen Debatte im Finanzausschuß einigemal die Frage ventiliert, warum man in den ersten Jahren so schlechte öffentliche Verwalter hingestellt hat und es war andererseits auch in der Landesregierung nicht klar ersichtlich, wer alles mitbeteiligt war bei der Auffindung eines geeigneten Mannes, wer die Verantwortung getragen hat und es war ein sehr typischer Ausspruch der, daß damals wirkliche Fachleute dünn gesät waren. Das ist die Auswirkung eines Ausnahmegesetzes, des Ausnahmegesetzes, das Wirtschaftssäuberungsgesetz geheißen hat, wo man den Leuten die Möglichkeit genommen hat, führende Stellungen in der Industrie einzunehmen. Sie sehen hier die Problematik eines solchen Ausnahmegesetzes! Damals hat es Fachleute gegeben, die sehr wohl in der Lage gewesen wären, die Erwartungen besser zu erfüllen, aber die sind in Wolfsberg gesessen. (Abg. Pölzl: „Sie meinen den Fachmann des Arbeitermordes!“) Ich will das deswegen herausstreichen, weil in der weiteren Debatte hier wieder ein Ausnahmegesetz erörtert wird und man daraus ersehen kann, welche Problematik darin liegt, wenn ein Staat, der eine festgefügte Verfassung hat und nach dem Rechtsstaatsprinzip strebt, wie Österreich,

von Zeit zu Zeit aus politischen Gründen seine Ausflucht in Ausnahmegesetzen sucht und in jenen Fällen beschließen möchte, wo sie gefühls- und stimmungsmäßig an sich begreiflich sind oder auch vom größeren Teil des Volkes gewünscht werden.

Die „Lex Starhemberg“ ist eine solche äußerst problematische Angelegenheit und es ist keine Frage, daß man hier in Steiermark die Dinge anders betrachtet als in Wien, wo im ersten Überschäumen der Empörung breiter Massen der Arbeiterschaft man sich hat zu Erklärungen hinreißen lassen, die heute schon revoziert sind. Ein Gesetz mit rückwirkender Kraft, ein Gesetz, das die allgemeine Gesetzgebung in ganz bestimmten Fällen, aus politischen Gründen aufhebt, ist vielleicht der Anfang für eine weitere Kette von solchen noch folgenden Gesetzen und man weiß nie, wohin man letzten Endes steuern wird. In den letzten Jahrzehnten haben wir immer wieder Perioden der Ausnahmegesetze erlebt und haben dabei feststellen müssen, daß die Demokratie und der Rechtsaat daran zugrunde gegangen sind.

In unseren Reihen gibt es keine Freunde des Herrn Starhemberg. Sowohl aus politischen Gründen hat Starhemberg nur Feinde, wie auch wegen der Tatsache, die für uns sehr maßgebend ist, daß der Mann, der in allen Lagern gekämpft hat, letzten Endes Offizier einer fremden Luftwaffe wurde, um dort gegen sein eigenes Volk zu kämpfen. Das hat nichts mit politischer Überzeugung zu tun, das nennen wir schlicht und einfach Hochverrat. Der Fall ist aber ohne weiteres ohne Ausnahmegesetz zu lösen, wenn der sozialistische Justizminister, der das Weisungsrecht an die Staatsanwaltschaft hat, sich entschließen kann, ein Hochverratsverfahren gegen Starhemberg tatsächlich durchzuführen. Von jenem Verfahren hat man schon im Jahre 1947 gehört und es ist bis heute nicht betrieben worden. Die normalen österreichischen Gesetze, das Strafrecht würden ausreichen, ihm auch zum Schadenersatz seine Güter wegzunehmen, falls ein ordentliches Gericht zu dieser Erkenntnis kommt. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus würden wir einem solchen Gesetze, wenn es sich um ein Konfiskationsgesetz aus politischen Gründen handelt, nicht zustimmen. (Gegenrufe bei SPÖ.) Wir werden auch in Zukunft immer eine solche Haltung einnehmen und wenn vielleicht im Jahre 1959 eine „Lex Fischer“ eingebracht werden sollte, um dem KP-Häuptling die Villa wegzunehmen, werden wir als VdU dagegen stimmen, merken Sie sich das. Entweder hat man Prinzipien und Grundsätze oder man hat sie nicht; bei uns gibt es keine Fürsten! (Abg. Pölzl: „Sie waren immer für die Fürsten und Arbeitermörder!“) Im übrigen ist auch ein geborener Fürst ein Mensch, nach Ihrer Auffassung freilich nur ein Subjekt, das ausgetilgt gehört. Das ist der Unterschied: Wir wollen einen Staat nach humanen Grundsätzen, Sie wollen einen nach asiatisch-barbarischen Grundsätzen. (Abg. Pölzl: „Nach gerechten!“)

Meine Herren, abschließend noch eines: Wenn Abg. Pölzl hier den österreichischen Außenhandel kritisiert hat, so hat er viele Möglichkeiten, die heutige unglückliche Struktur anzugreifen. Ich glaube, daß sich gerade in letzter Zeit eine ganze Reihe von Fachleuten mit diesem Problem jenseits aller politischen Auseinandersetzungen beschäftigt hat. Es ist kein glücklicher Zustand, daß wir so viele Rohstoffe ins Ausland liefern und auf der anderen Seite der Fertigwarenexport zurückbleibt. Aber einer der wesentlichsten Gründe, der zu dieser Situation geführt hat, ist die Investitionspolitik der letzten Jahre gewesen. Wir sind in Bezug auf den Export von Fertigwaren nicht oder nur schlecht konkurrenzfähig, auf der anderen Seite müssen wir aber exportieren, um leben zu können und kommen daher immer wieder in die Zwangslage, Eisen, Stahl, Halbfabrikate und Holz ins Ausland zu führen. Aber die Devisen, die dafür hereingebracht werden, sind für uns lebensnotwendig. Es ist aber ohne Zweifel eine dringende Aufgabe, die Wirtschaftspolitik im Inneren in der nächsten Zeit umzustellen, vor allem in der Kreditgewährung, um den weiteren Ausbau der Fertigwarenindustrie zu ermöglichen und die strukturelle Verschiebung unserer Wirtschaft wieder etwas zu korrigieren, unseren Außenhandel besser gestalten zu können.

Zu glauben, daß Amerika angewiesen sei, in seiner Rüstung auf den österreichischen Stahl oder auf die österreichische Industrie, ist geradezu kindlich. (Zustimmung.) Im Jahre 1952 wird Amerika etwa eine Stahlproduktion von 110 Millionen Tonnen haben und im Jahre 1954 wird sie auf 140 Millionen Tonnen gestiegen sein. Zusammen mit dem gesamten übrigen Westen wird der Westen etwa 200 Millionen Tonnen erzeugen und der gesamte Osten einschließlich aller Satelliten im besten Falle 60 Millionen Tonnen. Ich verstehe ja Ihren Alldruck (zu Abg. Pölzl), Sie, die Sie hinstreben auf diesen zukünftigen Krieg, den Sie in beiden Weltteilen vorbereiten und mit dem Titel „Befreiung des Proletariats“ tarnen, der aber im Grunde nichts anderes ist als ein russischer Eroberungskrieg, geben sich als Handlanger und Avantgardisten her. (Abg. Pölzl: „Da könnten die Amerikaner ja längst aufhören zu rüsten!“) Die Amerikaner werden nicht aufhören, diese Freude machen sie Ihnen nicht, aber die österreichische Stahlproduktion — ich glaube — mit etwas über 1 Million Tonnen, ist für den Westen rüstungsmäßig völlig uninteressant. Daher ist es kindisch und lächerlich zu sagen, Amerika würde uns zwingen, heute jene Dinge zu liefern, die für ihre Rüstung notwendig sind, weil sie dazu die Hilfe Österreichs wirklich nicht brauchen. Etwas anderes ist der Osten, der seine Schwäche rüstungsmäßig so gegen den Westen empfindet, daß ihm jeder Nagel, den er aus Österreich herauspressen könnte, von Bedeutung wäre. Es ist aus diesem Grunde hier eine völlige Verkennung der Tatsachen und man kann hier den Worten des Herrn Landeshauptmannes nur beipflichten, daß es wirklich einer

ungeheuren Geduld bedarf, sich in einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, in einem Landtag, von solchen hochverräterischen Reden, wie die des Herrn Pölzl, beschimpfen zu lassen. (Abg. Pölzl schreiend: „Das ist eine Frechheit von einem Faschisten!“) (Abg. Kandutsch: „Sie Narr!“) (Beifall bei VdU.) (Landesrat Dr. Elsnitz: „Ihre Beschimpfungen sind für uns nur eine Ehrenbezeichnung!“)

Landesrat Matzner: Der Herr Abg. Kandutsch hat mit Recht bedauert, daß das erste Wirtschaftssäuberungsgesetz schließlich auch Menschen erfaßt hat, die besser auf ihrem Platz geblieben wären. Aber die politische Notwendigkeit hiezu ist unbestreitbar zu dieser Zeit gewesen. Man mußte dafür sorgen, daß all das, was der Nationalsozialismus an schlechtem Gedankengut, wenn man das so nennen darf, aufgespeichert hatte, zerstreut wird, damit eine neue demokratische Staatsform und auch eine so geleitete Wirtschaft wieder aufgebaut werden konnte. Es haben damals alle Großmächte, die Russen genau so wie die Amerikaner, einen Wettlauf veranstaltet, um die oft selbst abgesetzten Nazis, die in der Wirtschaft gearbeitet hatten. Und viele von ihnen, die wir ächten mußten, sind dann nach Rußland gegangen und haben dort der russischen Wirtschaft gedient. Das wollte ich nur deshalb sagen, damit nicht auch wieder einseitig in dieser Frage Stellung genommen wird.

Daß ein Gesetz Rückwirkung hat, ist zweifellos von Übel. Aber man darf sich nicht allzu laut beklagen darüber, daß das in diesem ganz besonderen Einzelfall geschieht, wenn man Zeiten ganz jung hinter sich hat, in denen solche Rückwirkungen von Gesetzen Hunderttausende und Millionen von Menschen betroffen haben. Jeder von uns, der da herüber sitzt auf dieser Bank, hat unter solcher Gesetzgebung zu leiden gehabt.

Die Meinung des Herrn Abg. Pölzl, ich würde bedauern, daß nicht wieder Granaten erzeugt werden, gehört ja auch wieder in das Regal, von dem ich früher geredet habe, in das Regal „Verleumdung“ als dauerndes Requisit der KP gegen alle, die zu Österreich stehen. Derselbe Pölzl, der weiß, daß in Donawitz gestohlen wurde, und zwar Veredlungsmaterial, das auf diebischem und betrügerischem Wege in die Hand von Schrotthändlern gekommen ist, die nicht für die österreichische Wirtschaft gesammelt haben. Wir haben genug Schrottskandale in Österreich gehabt, in denen immer wieder für den russischen Sektor das Material gesammelt wurde. Es ist sehr, sehr bedauerlich, daß gerade Schrottmaterial, das wir in Österreich so dringend brauchen, das wir vom Ausland einführen müssen, um unsere Hochöfen in Betrieb zu erhalten, daß das nicht in Österreich allein für die österreichische Wirtschaft gesammelt werden kann, sondern ins Ausland geht.

In dieses Kapitel der kommunistischen Politik, die Österreich schädigt und den österreichischen Arbeiter, dazu gehört das, was ich früher

zu Abg. Pölzl gesagt habe. Er sieht ruhig zu, wenn dieses Unrecht an den Arbeitern und Angestellten geübt wird, wenn ihre Existenz, ihr Staat bedroht wird, er hilft mit und bietet seine Hand dazu, damit neues Elend über Österreich komme. Das ist keine Verleumdung! Wer die KP-Politik nur oberflächlich beurteilen kann und erst der, der sie noch genauer ansieht, der weiß, daß das die Wahrheit ist. Das sind die größten Feinde Österreichs und als solche haben wir das volle Recht, sie überall zu bekämpfen.

Lassen Sie mich zwei, drei praktische Beispiele zur Erhärtung dessen, was ich sagte, anführen: Sie sind die Totengräber unserer Wirtschaft oder wollen es sein, denn niemand hat zu den Preistreibern mehr beigetragen, als die Kommunisten selbst. Wer hat je in dem Umfang und in der Stärke Propaganda gemacht damit, daß unser Geld entwertet wird? Alle Augenblicke war in der KP-Presse zu lesen, daß eine neue Abwertung stattfindet. Es ist ja klar, daß die Menschen, durch eine solche Propaganda irre gemacht, dann glauben, ihre paar hundert Schilling für irgendeinen Ramsch in den Laden tragen zu müssen. Das muß ja die Preise in die Höhe treiben! Ein anderes Mal wieder stand in der KP-Presse, zum Teil auch in der unabhängigen Presse, zu lesen, die Preise würden in die Höhe steigen und in der nächsten Zeit eine ganz exorbitante Höhe erreichen. Na klar, daß die Menschen wieder laufen und ihr Geld in den Laden tragen, egal oft, welche Waren sie dafür bekommen. Das muß preisteigernd wirken! Und wenn man auch heute wieder von ihm gehört hat, daß wir eine große Arbeitslosigkeit in Österreich zu verzeichnen haben, was ein Sturmzeichen wäre für die kommende schlechte Zeit in Österreich, dann gehört auch das zu der bewußten Miesmacherei und zur Herabsetzung der Kraft der österreichischen Wirtschaft und des österreichischen Staates. Deshalb sind die Verhältnisse in Österreich vielfach so schlecht, weil böswillige Leute vor die Öffentlichkeit treten und auf jene schimpfen, die nicht in der Lage sind, die Preise festzuhalten und herabzusetzen. Sie verschrieben sich auch dem Herrn Professor Dobretsberger, der bekanntlich Jahre in der Regierung Dollfuß Sozialminister gewesen ist. Sie, die auf das 34er-Jahr so sehr schimpfen, die Kommunisten, nehmen sich einen Mann, der das Wirtschaftsevangelium zu verkünden hat und dabei, wenn das wahr ist, was er nach der „Wahrheit“ gesagt haben soll, mit fast keinem Wort von dem abwich, was die Moskowiten bisher gesagt haben. Unter dem Mäntelchen der Wissenschaft verzapft der Mann Wahrheiten — ich weiß nicht, ob alles so wahr berichtet ist in der Zeitung, aber so steht es drin —, die in keinem Wort anders gesprochen sind, als dies bisher in der kommunistischen, verlogenen Propaganda zu hören gewesen ist. Da setzt man sich auf eine Bank mit dem Herrn Dobretsberger und anderseits will man wieder andere verurteilen. Daher also sind wir der Meinung, daß wir überall gegen die verlogene Propaganda der KP auftreten

werden und der österreichische Arbeiter, Herr Pölzl, der Angestellte, der Bauer, das ganze österreichische Volk ist ganz immun gegen die Verlockungen, die durch die Lügen und Gewaltandrohungen der KP immer wieder versucht werden. Gewaltandrohung dadurch, daß man den Menschen in den Betrieben oder auch außerhalb sagt, „wart nur, wenn die Russen kommen, dann wirst du erschossen und aufgehängt und nach Sibirien gebracht“ und ähnliches mehr, wie es mir selbst auch x-mal passiert ist von dem Mann, der heute der Landesobmann der Kommunistischen Partei ist, dem Herrn Hütter. Aber das kann bei uns nicht fruchten, das fruchtet auch bei dem ganzen österreichischen Volk nicht, die Wahlziffern beweisen das. (Abg. Pölzl: „Betriebsratswahlziffern, was?“) Und wenn der Abg. Pölzl noch immer den traurigen Beruf in sich fühlt — wie ich hoffe für ihn, manchmal doch gegen sein eigenes Gewissen und Wissen — hier so weit den Mund aufmachen zu müssen, so bleibt uns nur übrig, ihn zu bedauern, daß er das machen muß. (Zustimmung.) Ich glaube, daß er das machen muß, er war einmal in Moskau, er will nicht mehr nach Moskau kommen (Heiterkeit), ich bin der felsenfesten Überzeugung und ich würde als Mensch wünschen, daß ihm das nicht mehr passiert. (Erneute Heiterkeit.) (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Abg. Schupfer: Hoher Landtag! Ich muß mich mit einigen Dingen beschäftigen, die hier vorgebracht worden sind, hauptsächlich mit den Behauptungen des Herrn Abg. Pölzl. Wenn die Rottenmanner Arbeiter den wahrheitsgetreuen Bericht darüber lesen, was er gesagt hat, daß nämlich dort die Arbeiter in Rottenmann gewillt wären, Kriegsmaterial zu erzeugen, werden sie mit ihm eine schöne Freude haben und die Kommunisten werden noch weniger Boden finden wie bisher. (Abg. Pölzl: „Davon war keine Rede!“) Genau so! Er hat ausdrücklich erklärt, die Russen hätten nichts zurücklassen können, weil sonst wieder Granaten erzeugt worden wären. Die Russen haben nicht bloß die Maschinen weggeführt, die Granaten erzeugt haben, sondern auch alle anderen Maschinen, die Elektromotoren von 1 ½, ja ½ Pferdestärke, die kleinsten Werkzeugmaschinen, kurz alles, was da war. Auch alles Rohmaterial haben sie weggeführt, so daß die Rottenmanner überhaupt kein Material mehr gehabt haben. Es ist aber nicht nur weggeführt worden, was der Erzeugung von Granaten diente, sondern es sind auch andere Materialien entfernt worden und es ist sowohl die Arbeiterschaft als auch die öffentliche Verwaltung vergeblich dagegen aufgetreten.

Ich möchte die öffentlichen Verwalter, obwohl ich nichts gemein habe mit ihnen, nicht beschuldigen. Zu Ihrer Information möchte ich sagen, daß auch die nicht aus nichts etwas machen konnten. Man kann sie nicht beschuldigen, daß es so war. Woraus hätten sie etwas machen sollen? Die Verwalter und die Arbeiter-

schaft hat sich bemüht und sogar eine Spielwarenerzeugung eingeführt und getrachtet, mit Leinwand und Farbe über die schlechten Zeiten hinwegzukommen. Wir wollen kein Kriegsmaterial, aber Arbeit wollen wir haben. Die Arbeiterschaft hat den Beweis erbracht, daß sie kein Kriegsmaterial erzeugen will, sie will nur Arbeit haben und greift auf alles; ob es schon zu spät ist oder nicht, wissen wir nicht. Das Land Steiermark hat recht, wenn es uns seine volle Unterstützung leiht. Es ist richtig, das dies ein typischer Fall ist, wie er vielleicht nirgends so aufscheint, daß ein Ort so sehr auf Hilfe angewiesen ist, ohne selbst Kriegsopfer geworden zu sein wie andere Orte, denen es auch sehr schlecht geht. Er ist nicht ausgebombt wie andere Orte, sondern ausgeraubt und die ganze Arbeitsmöglichkeit ist beim Teufel. Wenn es möglich gewesen wäre, hätten die Russen den Wald auch noch mitgenommen (Rufe der Zustimmung — Heiterkeit), darum verstehe ich nicht, wie ein steirischer Abgeordneter das noch verteidigen und zur Begründung anführen kann, daß er vor 1945 selbst beim Zusammenbruch oben war. Er hat zwar die Hallen gesehen, er hat aber nicht sehen wollen, daß auch andere Sachen erzeugt werden und Maschinen dort waren, die Friedensartikel erzeugten, die wir nun nicht mehr erzeugen können, weil sie auch diese Maschinen mitgenommen haben. Es ist schade um diese Maschinen, weil manche nach „sachgemäßer“ Behandlung nicht einmal bis zum Bahnhof gekommen sind. Sie sind schon vorher kaputt gegangen und verschrottet worden und das alles muß das österreichische Volk bezahlen. Die Maschinen waren keine Kriegsmaschinen, sie haben keine Kriegsrüstung erzeugt, sondern es waren Friedensmaschinen, die zumeist pfutsch gegangen sind. Dann heißt es, die Arbeiter selbst seien schuld, wenn sie keinen Reallohn haben. Freilich, wenn man von allem entblößt ist, kann man nichts mehr schaffen, kann man keinen höheren Reallohn herausschinden. Die Grundlagen sind die Maschinen, die Hallen, um arbeiten zu können, damit ein Reallohn herauskommt.

Ich muß schon sagen, das war wirklich demagogisch gesprochen mit dem Brustton der Überzeugung. Er hätte 14 Tage nachher hinaufkommen sollen mit seinen paar KP-lern, die er gewonnen hat und dann hätte er gesehen, wie es aussieht. Wir haben nirgends gehört, daß sich die Vertrauensmänner der Kommunistischen Partei gegen die Wegschleppung der Maschinen oder gegen die Ausräumung der Wohnungen gewehrt hätten, dazu haben Sie wohlweislich geschwiegen. Am Ende kann ich nur sagen: Wir sind nicht immer so sehr gegen die Ausweisung wie bei Starhemberg, manchmal sollte man es doch ermöglichen, daß er in das Land seiner Träume kommen kann. (Heiterkeit. — Beifall bei SPÖ.)

Abg. Taurer: Hoher Landtag! Es wurde heute die Frage der „Lex Starhemberg“ aufgerollt und ist von Seite der Österreichischen Volkspartei,

vom VdU und auch von dem Kommunisten beleuchtet worden. Wir werden zu dieser Frage, die in einem anderen Hause ausgetragen wird, im österreichischen Parlament, hier nicht Stellung nehmen. Unser grundsätzlicher Standpunkt geht aus der heutigen Einbringung des Gesetzes hervor, außerdem wird die Durchführung des Hochverratsprozesses dringlich verlangt.

Aber mit einem möchte ich mich beschäftigen, mit der Art, wie der kommunistische Abgeordnete hier immer wieder versucht, durch Verdächtigungen und Verleumdungen und durch Beschimpfungen die Aufträge zu erfüllen, die ihm von seinen Auftraggebern übermittelt werden. Ich möchte daran erinnern, daß das Wort Faschismus nicht zu jeder Zeit für die Kommunisten ein Schimpfwort war. Ich erinnere daran, daß 1939 Stalin mit Hitler paktiert hat und nach 1939 in Deutschland und Österreich die kommunistischen Vertrauenspersonen unter Führung Ulbrichts jeden Sozialisten, der diesen Krieg, den Deutschland gegen den Westen führte, als imperialistischen Krieg bezeichnet hat, der Gestapo ans Messer geliefert hat. (Abg. Pölzl schreiend: „Das ist ein Skandal, so etwas zu behaupten!“) Das ist dokumentarisch nachgewiesen, der Abg. Pölzl kennt die Ulbricht-Briefe genau so wie ich (Abg. Pölzl: „Damals warst Du selbst Kommunist, hast Du so gehandelt?“) Ich würde mich schämen, Abg. Pölzl, je ein Kommunist gewesen zu sein, einer Partei angehört zu haben, die ihre Aufträge aus einem anderen Lande erhält. (Abg. Pölzl: „Weiß das Deine Partei nicht, daß Du ab 1934 und bis in den Krieg hinein Mitglied der Kommunistischen Partei warst? Du tust mir leid!“) (Zwischenruf bei ÖVP: „Peinlich, peinlich!“) Meine Partei weiß es genau! Worauf es mir ankommt, ist zu zeigen, daß in der Frage Starhemberg, in der Frage des Fürsten Starhemberg, die Kommunistische Partei gar kein Recht hat, heute unter die Arbeiter zu gehen und Propaganda zu machen. Als 1941 Deutschland plötzlich in Rußland einmarschierte, mit wem haben da die Kommunisten paktiert? Es wurde in London von ihnen die sogenannte „Freie österreichische Bewegung“ gegründet (Free Austrian Movement), der nur die Sozialisten nicht angehörten, ansonsten alle politischen Emigranten. Der Generalsekretär war der Chefredakteur der „Wahrheit“ Scholz und der Obmann der Bewegung Herr Winterberg, der von der „Wahrheit“ her bekannt ist, und in dieser Bewegung war Starhemberg ein Mitglied, als Fürst aufgenommen und die Sozialisten, die dieser Bewegung nicht angehörten, werden beschimpft, weil sie es nicht verstünden, gute Österreicher zu sein und die kleine Kommunistische Partei geht nun her und tut durch ihre Agitatoren so, als ob etwas daranläge, wenn der Fürst Starhemberg seine Güter zurückerhält. Für die Kommunistische Partei ist der ein Faschist, der nicht gerade mit Moskau ein Bündnis hat. (Rufe der Zustimmung.)

Diese Haltung wird uns dazu bringen, auf Verleumdungen und Verdächtigungen kommunistischer Agenten in parlamentarischen Körperschaften überhaupt nicht mehr einzugehen. Ich halte es unter meiner Würde und ich glaube, es ist auch unter der Würde aller Abgeordneten des Hauses, sich mit jemandem in eine Diskussion einzulassen, der mit jedem zweiten Wort entweder verleumdet, verdächtigt oder Hochverrat begeht. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Plaimauer:** Ich möchte kurz, nachdem diese Vorlage eine so große Debatte ausgelöst hat, meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß sie entstanden ist, denn so viel mir vorher bekannt geworden war, sollte zu dieser Vorlage niemand sprechen. Aber nachdem der Herr Präsident verkündet hatte, daß heute das Magnetophon in Tätigkeit gesetzt worden ist (Heiterkeit), hat es sich natürlich der Herr Abg. Pölzl nicht nehmen lassen, seine alte Walze in Bewegung zu setzen, um alles in die Öffentlichkeit zu bringen. Das ist der Grund für die Debatte, die dabei ausgelöst worden ist. Denn tatsächlich wird durch diesen Beschluß, den der Steiermärkische Landtag im nächsten Moment fassen wird, zum Ausdruck gebracht, daß er wirklich bereit ist, überall dort, wo es auch gar nicht seine Agenden sind, zu helfen, und das wird in diesem Fall getan. Es wäre gar nicht seine Aufgabe, wie das schon von einigen Abgeordneten zum Ausdruck gebracht worden ist, hier einzuspringen, dessen ungeachtet aber versucht er alles zu tun, um die Arbeitslosigkeit zu verhindern. Daher war es auch gar nicht beabsichtigt von Herrn Pölzl, das Wort zu ergreifen, denn so viel gesunden Menschenverstand können wir ihm bestimmt zutrauen. Aber wie schon erwähnt, durch das Inkrafttreten des Magnetophons konnte er sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, dazu Stellung zu nehmen.

Ich bitte nun, dem Antrag des Finanzausschusses Ihre Zustimmung zu geben. (Abg. Pölzl: „So viel hast Du aber auch noch nie geredet, wie heute!“) (Heiterkeit.) (Gegenruf: „Hast ihn ja auch herausgefordert!“)

Präsident: Nach dem Schlußwort des Berichterstatters bringe ich den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit seinem Antrag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschlacht.) Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 55, Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Rechnungsabschluß des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1948.

Berichterstatter ist Abg. **Hofmann**. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hofmann: Hohes Haus! Ihnen liegt die Beilage Nr. 55, E.-Zl. 164, vor, die den Rechnungsabschluß des Landes Steiermark für das

Rechnungsjahr 1948 beinhaltet, den dazugehörigen Rechnungshofbericht und die Erwidern der Landesregierung zu diesem Bericht. Hohes Haus! Wenn man diesen Rechnungsabschluß 1948, so wie es die Mitglieder des Finanzausschusses und gewiß auch die Mitglieder des Hohen Hauses getan haben, durchblickt, so kann man wohl objektiv feststellen, daß die Gebarung des Landes und die Verwaltung durchaus sauber und zweckmäßig war. Der Bericht des Rechnungshofes unterstreicht auch im großen und ganzen diese Tatsache. Ich habe die Aufgabe, Ihnen namens des Finanzausschusses nachstehenden Antrag zu unterbreiten:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der Landesrechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1948 wird genehmigt.

2. Der Abgang von S 500.801-60 ist aus dem zufolge Beschlusses der Steierm. Landtages vom 27. Februar 1951, Beschluß Nr. 136, mit einem Stande von S 14,093.411-10 neu eröffneten Betriebsmittelkonto abzudecken.

3. Der Bericht des Rechnungshofes über seine Gebarungsüberprüfung an Hand des Rechnungsabschlusses 1948 wird zur Kenntnis genommen und der Äußerung der Steiermärkischen Landesregierung zu diesem Berichte beigespflichtet.

4. Dem Herrn Präsidenten des Rechnungshofes und den mit der Gebarungsüberprüfung des Landes betrauten Organen des Rechnungshofes wird für ihre Überprüfungstätigkeit und ihre eingehende Berichterstattung der Dank ausgesprochen.“

Ich bitte um Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichtersatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 56, Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Rechnungsabschluß des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1949.

Berichtersatter ist Abg. Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hofmann: Hohes Haus! Auch die Beilage 56, E.-Zl. 165, beinhaltend den Rechnungsabschluß des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1949, ist im Finanzausschuß ebenso eingehend behandelt worden, wie der dazu-

gehörige Bericht des Rechnungshofes. Sie können daraus ersehen, besonders aus dem Bericht des Rechnungshofes, daß auch 1949 nicht nur allein sauber und anständig gebart wurde, sondern, daß auch aufscheinende Mängel der Vorjahre, auch aus dem Jahre 1948, bereits 1949 abgestellt wurden. Der Finanzausschuß hat demzufolge den einstimmigen Beschluß gefaßt, Ihnen nachstehende Anträge durch die Berichterstattung zu unterbreiten, die dahingehend lauten:

Der Hohe Landtag wolle gemäß § 16 Abs. 5 des Landesverfassungsgesetzes beschließen:

„1. Der Landesrechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1949 wird genehmigt.

2. Der Gebarungsüberschuß von S 17,822.690-74 ist dem Betriebsmittelkonto des Landes zuzuführen.

3. Der Bericht des Rechnungshofes über seine Gebarungsüberprüfung an Hand des Rechnungsabschlusses 1949 wird zur Kenntnis genommen und der hierzu erstatteten Äußerung der Steiermärkischen Landesregierung beigespflichtet.

4. Dem Herrn Präsidenten des Rechnungshofes und den mit der Prüfung der Gebarung des Landes befaßten Organen des Rechnungshofes wird für ihre Überprüfungsarbeit sowie ihre eingehende Berichterstattung der Dank ausgesprochen.“

Ich bitte um Annahme dieser Vorlage.

3. Präsident Scheer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichtersatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Eingebracht wurde noch während der Sitzung ein

Antrag der Abgeordneten Franz Koller, Ferdinand Berger, Leopold Praßl, Peter Hirsch und Josef Egger, betreffend Übernahme des Gemeindeweges „Zellhausweg“ von Obgrün zur Landesstraße Ilz — Groß-Hartmannsdorf als Landesstraße.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Bestimmung zugeführt werden.

Die nächste Sitzung des Steiermärkischen Landtages wird im schriftlichen Wege einberufen. Damit ist die heutige Sitzung geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 30 Minuten.